

Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

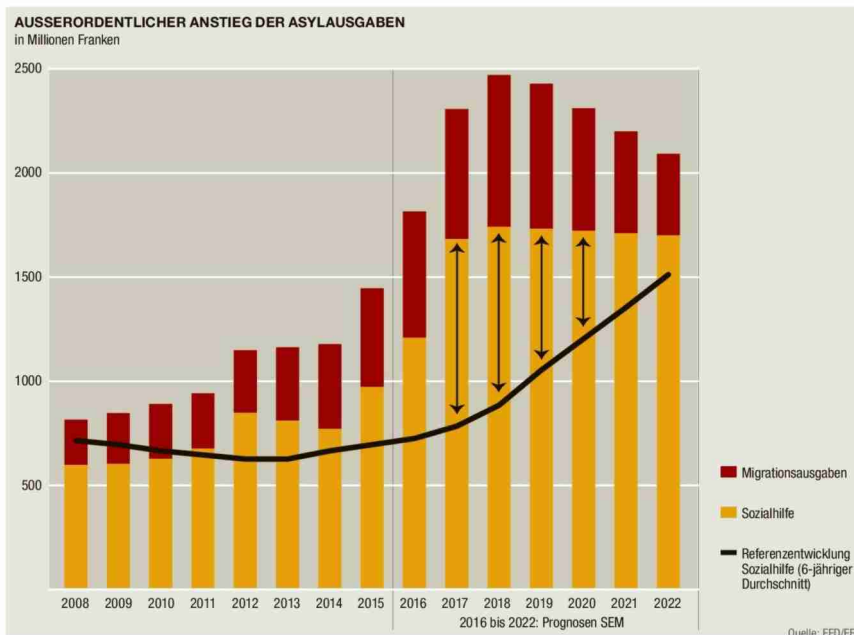
Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 50'237
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 5
Fläche: 72'557 mm²

Erneut Kostenexplosion im Asylwesen

Als Ausgleich fordert CVP-Nationalrat Leo Müller Kürzungen bei der Entwicklungshilfe

Von Christian Keller, Bern



Steiler Anstieg. Das eidgenössische Finanzdepartement rechnet damit, dass die Asylkosten bis 2018 auf 2,5 Milliarden Franken steigen. Grafik BaZ/Quelle: Eidg. Finanzdepartement

Emotional aufgelöst war SVP-Nationalrat Franz Grüter, als ihn die BaZ gestern um 15 Uhr am Telefon erreichte. «Wo leben wir eigentlich? Einfach unglaublich, was da soeben kommuniziert wurde. Das macht die Bevölkerung nicht mehr mit», rief der Luzerner Unternehmer aufgebracht in den Hörer.

Eine halbe Stunde zuvor hatte sein Parteikollege Ueli Maurer als eidgenössischer Finanzminister den Medien in Bern den Voranschlag 2017 präsentiert. Aus den Unterlagen ging hervor, dass die Ausgaben im Asylbereich im nächsten Jahr nochmals um geschätzte 850 Millionen Franken zunehmen werden. Insgesamt will der Bund für 2017 ein Migrationsbudget von 2,305 Milliarden Franken veranschlagen. Eine Zunahme von 27 Prozent.

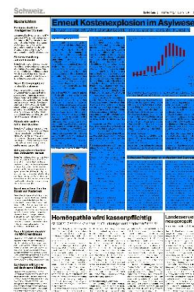
Defizit von 600 Millionen Franken

Nicht allein dieser starke Anstieg führte bei Grüter zum Gefühlsausbruch. Vielmehr ist es der Umstand, dass wegen dem zusätzlichen Finanzbedarf im Asylwesen die Rechnung nicht mehr schuldenbremsekonform ist. So teilte Maurer mit, dass für 2017 ein Defizit von 600 Millionen Franken prognostiziert wird. Den erwarteten Einnahmen von 68,8 Milliarden Franken stehen Ausgaben von 69,4 Milliarden Franken gegenüber. Weil aufgrund dieses Fehlbetrags eigentlich der Rotstift angesetzt werden müsste, beantragt der Bundesrat dem Parlament, 400 der 850 Millionen Franken Migrationskosten als «ausserordentliche Ausgaben» über ein für spezielle Zwecke geschaffenes Reservekonto abzurechnen.

Mit diesem finanztechnischen

Schachzug resultiert unter dem Strich ein struktureller Überschuss von rund 100 Millionen Franken. Damit werden anstrengende Sparübungen nicht mehr zum Obligatorium.

Für Grüter ist dieses Vorgehen inakzeptabel. «Wir sind nun so weit, dass mit buchhalterischen Tricks die Schuldenbremse ausser Kraft gesetzt werden soll. Das wird die SVP niemals zulassen.» Die Argumente des Bundesrates seien ohnehin nicht hinnehmbar. Maurer hatte an der Pressekonferenz erklärt, die ausserordentliche Verbuchung der 400 Millionen Franken stütze sich auf eine gesetzliche Grundlage ab, die es erlaube, im Fall von «aussergewöhnlichen und vom Bund nicht steuerbaren Entwicklungen» auf diese Weise zu verfahren. Wegen der Flüchtlingskrise und den vielen Asylgesuchen würde die



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 50'237
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 5
Fläche: 72'557 mm²

damit verbundene finanzielle Belastung «ausserhalb des Einflussbereichs des Bundes» liegen. Maurer sagte weiter: «So lange wir uns an die Regeln halten, zu denen wir uns verpflichtet haben im Rahmen von Schengen, wird die Zahl wohl entsprechend zunehmen.»

Die Aussage ist eine Provokation für alle Kritiker der geltenden Asylpraxis. So sagt auch Grüter: «Gerade der Bundesrat müsste endlich einmal darauf pochen, dass die Gesetze eingehalten werden. Würde das Schengen-Dublin-Abkommen nämlich konsequent umgesetzt, müssten alle illegalen Einwanderer aus sicheren Drittstaaten zurückgewiesen werden. Doch das geschieht nicht.»

Vonseiten der SVP ist klar: Die Finanzjongliererei der Landesregierung wird in der Budgetdebatte im Herbst konsequent bekämpft werden. «Das kommt gar nicht infrage. Man stellt das aus dem Ruder laufende Asylwesen als unvorhersehbares Naturereignis dar und will eine Kasse anzapfen, die dafür überhaupt nicht vorgesehen ist», sagt SVP-Fraktionsschef Adrian Amstutz. Er nimmt Maurer in Schutz: Dieser vertrete bloss die Haltung des Bundesrats und halte sich ans Kollegialitätsprinzip. Schuld sei vielmehr die «Larifari-Politik», die von Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) angeführt werde und der Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) im Kollegium zur Mehrheit ver helfe.

Wie sieht es bei den freisinnigen Parlamentariern aus? Auch für Nationalrat und Finanzpolitiker Albert Vitali kommt ein Herumschustern an der

Schuldenbremse nicht infrage. Es handle sich um ein wichtiges Führungsinstrument. Sollte es sich beim Zugriff auf das Reservekonto jedoch um eine «einmalige Aktion» handeln, sei er offen. «Begeistert bin ich aber natürlich nicht», sagt Vitali.

Entwicklungshilfe kürzen

Eine dezidiert andere Meinung vertritt CVP-Nationalrat Leo Müller. In seinen Augen ist die Schuldenbremse eine «heilige Kuh», die nicht angetastet werden dürfe. Die Absichten des Bundesrates müssten zurückgewiesen werden. «Wenn wir das unterstützen, wird es jedes Jahr eine andere Ausrede geben, um das Reservekonto erneut zu beanspruchen». Gegenüber der BaZ stellt Müller eine Forderung auf: Statt die 400 Millionen Franken separat zu verbuchen, sollen sie vom Budget für die Internationale Zusammenarbeit abgezogen werden. Schliesslich würden beide Bereiche, das Asylwesen und die Entwicklungshilfe, eng zusammenhängen. «Brauchen wir mehr Geld im Inland, müssen wir eben im Ausland Abstriche vornehmen.»

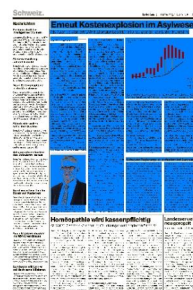
Von Amstutz erhält Müller Unterstützung. Schliesslich handle es sich um eine langjährige Forderung der SVP. «Damit ist aber das Grundproblem nicht gelöst: Die Unterbindung der illegalen Zuwanderung via Asylschiene in den Sozialstaat.» Ablehnend reagiert hingegen SP-Ständerätin Anita Fetz, Präsidentin der Finanzdelegation: «Von solchen Hauruck-Übungen halte ich nichts. Die Ausrichtung der Entwicklungshilfe generell zu überprüfen,

macht mehr Sinn.»

Für Fetz handelt der Bundesrat korrekt. Die Asylsituation sei sehr angespannt, weshalb Sonderfinanzierungen zulässig seien. Die Schweiz könne das Flüchtlingsproblem nicht einfach anderen Staaten überlassen. «Wir sind verpflichtet, unseren Beitrag zu leisten.» Gleichzeitig schüttelte sie den Kopf darüber, dass der Bund angesichts der schwierigen Finanzlage mit der Unternehmenssteuerreform III weitere Steuerausfälle von 1,3 Milliarden Franken verkraften solle. Der Voranschlag bestätige sie darin, dass die SP richtig handle, wenn sie gegen die Steuerreform mit dem Referendum zu Felde ziehe.



«Heilige Kuh». Leo Müller will lieber die Entwicklungshilfe kürzen, statt die Schuldenbremse anzutasten. Foto Keystone



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 50'237
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 5
Fläche: 72'557 mm²

Schwyzer Regierungsrat protestiert bei Bundesrat

Schwyz. Der Unmut in den Kantonen gegenüber der Asylpolitik des Bundes steigt. Nachdem sich der Luzerner Sozial- und Gesundheitsdirektor Guido Graf (CVP) schon mehrfach über die ungenügende Arbeit von Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) beschwert hatte, kommt das Sperrfeuer nun auch aus Schwyz. In einem Brief des Schwyzer Gesamtregierungsrates an den Bundesrat, welcher der BaZ vorliegt, wird mit Klartext nicht gespart. Sogar von einem Verhalten, das «nicht dem freundeidgenössischen Umgang» entspreche, ist die Rede. Worum geht es? In Wintersried, einem Gewerbegebiet im Kantonshauptort Schwyz, will der Bund ein Asylausreisezentrum eröffnen. Die Gemeinde hat gegen die Pläne des Staatssekretariats für Migration (SEM) zwar keine Ein-

wände, die Kantonsexekutive hingegen schon. Sie würde einen alternativen Standort auf dem Glaubenberg bevorzugen. Bei Gesprächen mit anderen Kantonen habe sich eine klare gemeinsame Lösung abgezeichnet.

«Vor diesem Hintergrund ist es für den Regierungsrat nicht länger akzeptierbar, mit welcher Arroganz und Nonchalance das SEM über wichtige Fragen, berechnete Bedenken und Forderungen der Kantone, insbesondere auch Schwyz, hinweggeht», heisst es in dem Schreiben. Dem Bundesamt wird vorgeworfen, «in äusserst fragwürdiger Weise» die Interessen verschiedener involvierter Stellen gegeneinander auszuspielen. Um «weiteren, nachhaltigen Schaden» zu vermeiden, fordert der Schwyzer Regierungsrat baldmöglichst eine Aussprache mit Simonetta Sommaruga. ck